



Liebe Leserinnen und Leser,

In dieser Woche haben wir eine ganze Reihe von Sicherheitsgesetzen beschlossen. Die Reform des BKA-Gesetzes schafft den rechtlichen Rahmen für eine grundlegende Modernisierung der polizeilichen IT-Systeme. Es ist für die Alltagsarbeit der Polizisten und Kriminalbeamten von unschätzbarem Wert, wenn die IT-Systeme auf der Höhe der Zeit sind. Zudem werden die Voraussetzungen geschaffen, um Fluggastdaten zur Aufdeckung und Verfolgung terroristischer Straftaten und schwerer Kriminalität zu nutzen. Für dieses Vorhaben wurde jahrelang auf EU-Ebene gekämpft und konnten nun auch die anderen Parteien im Europäischen Parlament überzeugen. Ein besonderes Anliegen der Union ist der stärkere Schutz von Polizisten und anderen Einsatzkräften bei gewalttätigen Übergriffen. Mit der Einführung eines neuen Straftatbestandes des „Tätlichen Angriffs auf Vollstreckungsbeamte“ wollen wir tätliche Angriffe auch bei allgemeinen Diensthandlungen, wie etwa dem bloßen Streifengang, gesondert unter Strafe stellen. Zugleich greifen wir die Problematik der „Gaffer“ auf, die sich stellenweise der unterlassenen Hilfeleistung schuldig machen oder die Einsatzkräfte durch ihr Verhalten behindern. Weiter verabschieden wir eine Ausweitung der Weisung zur elektronischen Aufenthaltsüberwachung (elektronische Fußfessel) bei verurteilten extremistischen Straftätern nach der Entlassung. Darüber hinaus intensivieren wir den innereuropäischen Datenaustausch von Sicherheitsbehörden.

In erste Linie ist die Polizeiarbeit jedoch Ländersache und die aktuellen Zahlen zeigen: Dort, wo die Union den Innenminister stellt, lebt es sich sicherer. In Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein ist das Risiko, Opfer eines Einbruchs zu werden, fünfmal so hoch wie in Bayern. In Baden-Württemberg gibt es die wenigsten Straftaten pro 100.000 Bürger. Nordrhein-Westfalen hat die schlechteste Aufklärungsquote von allen Flächenländern. Auch 2016 ist Niedersachsen bei der Kriminalstatistik ganz vorne mit dabei und stellt mit Hannover die dritt-gefährlichste Stadt Deutschlands.

Mit freundlichen Grüßen

Ihr



KURZ UND BÜNDIG

29.04

Fahrzeugübergabe Feuerwehr Schandelah

01.05

Frühshoppen des Spielmannszuges Ringelheim

02.05

Werksbesichtigung der Chemetall GmbH in Langelsheim

02.05

Gemeinderatsfraktion Cremlingen

03.05

Frühstücksgespräch mit Bundestagsabgeordneten und BWE Regionalverband Braunschweig

03.05

WSV 21 Naturschwimmbad Fömmelse

04.05

Jubiläumsabend der REGION Zweckverband Braunschweig

05.05

Treffen mit Besuchergruppe im Deutschen Bundestag

05.05

Kreistagsfraktion

05.05

160 Jahre Männergesangverein Sickinge

06.05

Landeslistengremium für Bundestagswahlen 2017



Uwe Lagosky MdB

Platz der Republik 1 | 11011 Berlin
t 030/227-71195 | f 030/227-70196

Im Kalten Tale 20 | 38304 Wolfenbüttel
t 05331/9928230 | f 05331/9928231

uwe.lagosky@bundestag.de



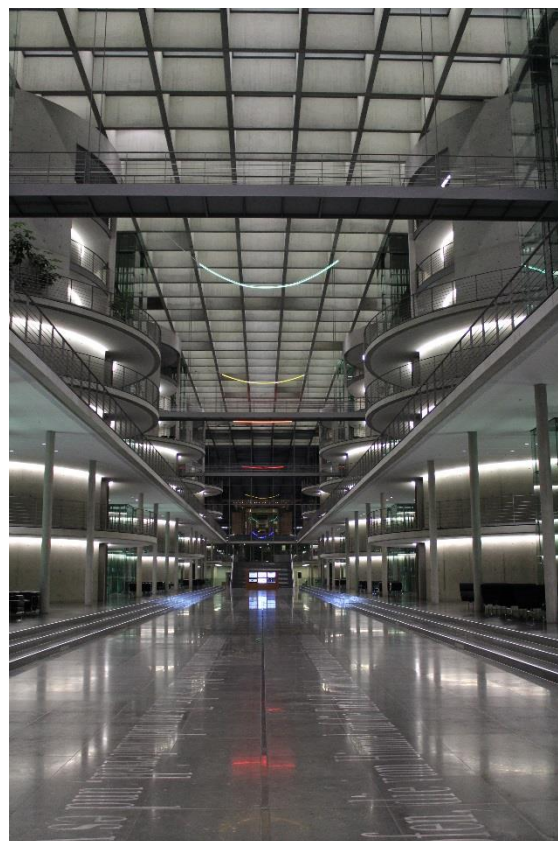
Einer von uns in Berlin – Sitzungs- woche vom 24. April bis 28. April 2017

Mit Zuversicht in die nächsten Wochen und Monate

Die Union kommt gestärkt aus der Osterpause zurück. Der Wahlsieg von Annegret Kramp-Karrenbauer im Saarland war deutlich und hatte eine starke Signalwirkung. Er gibt den Wahlkämpfern in Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen Rückenwind und Mut für die letzten Wochen. Zudem hat die CSU ihre wichtigsten Personalfragen geklärt, das ist gerade in der gemeinsamen CDU/CSU-Bundestagsfraktion eine erfreuliche Nachricht. Geschlossen geht die Union in die nächsten Wochen, um den wahlkämpfenden Landesverbänden in Düsseldorf und Kiel eine Hilfe zu sein. Die jüngsten Umfragen in Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein zeigen, dass die CDU im Aufwind ist.

Lagosky betonte zudem die Bedeutung der Wahlen in Frankreich. „Das Ergebnis der ersten Runde der Präsidentenwahl in Frankreich macht uns optimistisch, dass am 7. Mai 2017 bei der Entscheidung die Vernunft obsiegt und Emmanuel Macron gewählt wird.“, so Lagosky. Wichtig ist, dass den Populisten von links und rechts nicht nur in Frankreich und bei den Unterhauswahlen im Vereinigten Königreich eine Absage erteilt wird, sondern auch in Deutschland. Die Haltung der Union in dieser Frage ist glasklar, wie Volker Kauder betonte. „Wir werden nach der Bundestagswahl keine Koalition mit Populisten eingehen – weder mit linken noch mit rechten. Diese Klarheit fehlt der SPD: Sie arbeitet ganz bewusst für ein Bündnis mit der Linkspartei, wie das heutige Treffen von

rot-rot-grünen Bundestagsabgeordneten eindrucksvoll zeigt. Wir werden den Menschen in den kommenden Monaten bewusst machen, dass es besser ist, mit Angela Merkel als Bundeskanzlerin in die Zukunft zu gehen als unter Rot-Rot-Grün zurück in die Vergangenheit.“, so der Fraktionsvorsitzende bei der Eröffnung der Fraktionssitzung am 25. April.



Gesetz zur Neuordnung des Rechts zum Schutz vor der schädlichen Wirkung ionisierender Strahlung

Zur Umsetzung europäischer Vorgaben beschließt die Koalition in zweiter und dritter Lesung ein Rahmengesetz, das alle Regelungen zur ionisierenden Strahlung, insbesondere aus der Strahlenschutzverordnung, der Röntgenverordnung, dem Atomgesetz und dem Strahlenschutzvorsorgegesetz vereint. „Wir erleichtern die medizinische Forschung



Uwe Lagosky MdB

Platz der Republik 1 | 11011 Berlin
t 030/227-71195 | f 030/227-70196

Im Kalten Tale 20 | 38304 Wolfenbüttel
t 05331/9928230 | f 05331/9928231

uwe.lagosky@bundestag.de



mit Radiopharmaka und führen abgestimmte Notfallpläne zwischen Bund und Ländern sowie ein radiologisches Lagezentrum ein.“, so Lagosky.

Gesetz zum weiteren quantitativen und qualitativen Ausbau der Kindertagesbetreuung

In zweiter und dritter Lesung setzt der Bundestag das 4. Investitionsprogramm „Kinderbetreuungsfinanzierung“ zwischen Bund und Ländern um. Der Bund sichert die gemeinsame Finanzierung von 100.000 zusätzlichen Betreuungsplätzen für Kinder – nicht wie bislang nur für Kleinkinder unter drei Jahren, sondern bis zum Schuleintritt. Dazu stockt der Bund das 2007 eingerichtete Sondervermögen um 1,126 Mrd. Euro auf. Dieses Jahr werden Bundesmittel in Höhe von 226 Mio. Euro und in den Jahren 2018 bis 2020 jährlich je 300 Mio. Euro als Einlage getätigt. Im Rahmen des Programms können künftig auch Investitionen gefördert werden, die der Bewegungsförderung, der gesundheitlichen Versorgung sowie der Inklusion oder der Familienorientierung dienen.

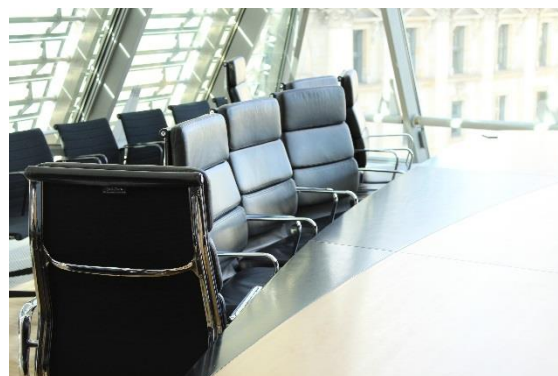
Steuerungsbekämpfungsgesetz

Die CDU-geführte Bundesregierung zieht die national erforderlichen Konsequenzen aus den Enthüllungen im Zuge der sogenannten „Panama Papers“. Mit dem Gesetzentwurf wird es inländischen Steuerpflichtigen erschwert, mittels Briefkastenfirmen in Steueroasen ihre Steuerpflichten in Deutschland zu umgehen.

Gesetz zur Bekämpfung von Kinderehen

Ehen zwischen Minderjährigen können das Wohl der Kinder bzw. Jugendlichen sowie deren Entwicklungschancen maßgeblich beeinträchtigen. Es ist die Aufgabe der Politik, im

Sinne des Kinderwohles und des Schutzbedürfnisses Minderjähriger tätig zu werden. In erster Lesung berät der Bundestag einen Gesetzentwurf, mit dem das Ehemündigkeitsalter im deutschen Recht ausnahmslos auf 18 Jahre festgelegt werden soll. Dieser Grundsatz wird auch für nach ausländischem Recht wirksam geschlossenen Ehen gelten. Wenn ein Ehepartner zum Zeitpunkt der Ehe unter 16 Jahre alt war, dann ist die Ehe ungültig. War die Jugendliche zum Zeitpunkt der Ehe bereits älter, dann ist die Ehe ebenfalls aufhebbar. „Endlich konnten wir ein entsprechendes Gesetz in den Bundestag einbringen. Der Eiertanz der SPD war unsäglich und vollkommen unnötig.“, so Lagosky.



Wahlkreis profitiert von KfW-Förderung

Die staatliche Kreditanstalt für Wiederaufbau bietet Förderangebote für Unternehmen, Kommunen und Privatpersonen an. In den Bereichen Wohnen, Bildung, Soziales und Infrastruktur vergibt die KfW Kredite und leistet damit einen Beitrag zur Unterstützung von zahlreichen Projekten. Das vergangene Jahr war bundesweit ein erfolgreiches Förderjahr, denn die Förderzusagen stiegen um 2% auf ein Volumen von 81 Milliarden Euro an.

Auch Salzgitter konnte von den Kreditvergaben profitieren. Im Jahr 2016 förderte die KfW Pro-



Uwe Lagosky MdB

Platz der Republik 1 | 11011 Berlin
t 030/227-71195 | f 030/227-70196

Im Kalten Tale 20 | 38304 Wolfenbüttel
t 05331/9928230 | f 05331/9928231

uwe.lagosky@bundestag.de



jekte mit insgesamt 36 Millionen Euro. Mit einem Fördervolumen von 15 Millionen Euro wurden verschiedenen Projekte, zum Beispiel energieeffizienteres Bauen und Sanieren im Förderbereich „Wohnen“ unterstützt. Mit der Bewilligung von Gründerkrediten wurden einundzwanzig Unternehmen gefördert. „Besonders freut mich, dass einige junge Unternehmen in ihrer Anfangsphase auf die Gründerkredite zurückgreifen können.“, so Lagosky. Im Jahr 2016 förderte die KfW innerhalb des Landkreises Wolfenbüttel Projekte mit insgesamt 62 Millionen Euro. Davon wurden 10 Millionen für den Ausbau der kommunalen Infrastruktur verwendet. Im Förderbereich „Bildung und Soziales“ konnten 169 Studentinnen und Studenten von den KfW-Studienkrediten profitieren. Außerdem genehmigte das Kreditinstitut im Bereich Umweltschutz und Erneuerbare Energien Zuschüsse und Kredite für 11 Projekte in Wolfenbüttel. „Dass so viele junge Leute durch die Studienkredite ihre Ausbildung finanzieren konnten, freut mich besonders.“, so Lagosky.

„Majestätsbeleidigung“ wird abgeschafft

In erster Lesung berät der Bundestag einen Gesetzentwurf, mit dem gesonderte strafrechtliche Regelungen für die Beleidigung ausländischer Staaten ab dem 1. Januar 2018 aufgehoben werden würden. Für die Beleidigung von Organen und Vertretern ausländischer Staaten würde künftig kein erhöhter Strafrahmen mehr gelten. Bislang ist deren Beleidigung mit Freiheitsstrafen von bis zu drei Jahren oder Geldstrafen belegt. Für verleumderische Beleidigung drohen gar Freiheitsstrafen von drei Monaten bis zu fünf Jahren. Der Paragraph geriet ins öffentliche Bewusstsein, nachdem der türkische Präsident auf dessen Grundlage gegen

den Satiriker Jan Böhmermann juristisch vorgeht.

...wussten Sie schon, dass...

...der US-Congress und der Deutsche Bundestag seit 1983 einen wechselseitigen Schüleraustausch organisieren? Im Rahmen des Parlamentarischen Partnerschafts-Programms wird Erik Hackauf aus Cremlingen ein Schuljahr in den USA verbringen. Im Vorfeld habe ich Erik für das Stipendium vorgeschlagen und ihn nun in den Deutschen Bundestag eingeladen. Er wird ab August im Bundesstaat Missouri in der Nähe von St.Louis bei einer amerikanischen Gastfamilie leben und auf eine örtliche Schule gehen. Es gehört eine große Portion Mut dazu in diesem jungen Alter ein Jahr auf der anderen Seite des Atlantiks zu leben. Ich bin mir sicher, dass Erik ein guter Botschafter sein wird und mit vielen neuen Eindrücken zurückkommt. So eine Auslandsaufenthaltsreise ist für die Entwicklung junger Menschen sehr gut und erweitert den persönlichen Horizont. Weiter haben solche Schüleraustausche eine große Bedeutung für die deutsch-amerikanischen Beziehungen. Staaten haben Beziehungen, aber nur Bevölkerungen können wirklich Freundschaften haben. Es ist der höchste Ausdruck von gegenseitigem Vertrauen, wenn man die eigenen Kinder für so lange Zeit einer anderen Familie anvertraut.



Uwe Lagosky MdB

Platz der Republik 1 | 11011 Berlin
t 030/227-71195 | f 030/227-70196

Im Kalten Tale 20 | 38304 Wolfenbüttel
t 05331/9928230 | f 05331/9928231

uwe.lagosky@bundestag.de





Uwe Lagosky mit Erik und Ralf Hackauf in der Bibliothek des Deutschen Bundestages. Vater und Sohn ließen sich vom Bundestagsabgeordneten das Parlament zeigen.



Erik Hackauf und Uwe Lagosky auf der Kuppel des Reichstages.

Daten und Fakten

Kriminalität steigt etwas, Einbruchszahlen sinken

Die in dieser Woche von Bundesinnenminister Dr. Thomas de Maizière vorgestellte Polizeiliche Kriminalstatistik 2016 offenbart, dass die Anzahl der Straftaten gegenüber dem Vorjahr auf 6,373 Mio. gestiegen ist, dies bedeutet einen leichten Anstieg um 0,7 %. Die Aufklärungsquote ist konstant geblieben bei 56,2 %. Traditionell besonders hoch lag die Aufklärungsquote bei Tötungsdelikten mit 94,6 %. Bei allen Straftaten wurden etwa 2,360 Mio. Tatverdächtige ermittelt, davon waren 953.744 Ausländer. Rechnet man die ausländer-rechtlichen Verstöße heraus, ergeben sich 616.230 nicht-deutsche Tatverdächtige bei 2,022 Mio.

Gesamtatverdächtigen; dies entspricht einem Anteil von 30,4 % ausländischer Tatverdächtiger. Zum Vergleich: Der Anteil von Ausländern an der Gesamtbevölkerung betrug zum 31.12.2015 rund 10,5 %.

In einzelnen Deliktsbereichen gibt es günstige Entwicklungen: So sind die Einbruchszahlen um 9,5 % auf 151.265 Fälle gesunken und erreichen damit etwa das Niveau des Jahres 2014, das seinerzeit einen Höchstwert seit 10 Jahren darstellte. Der Anteil der versuchten Einbrüche (von allen Einbrüchen) erreicht mit 44 % einen neuen Höchststand. Das zeigt, dass sich Prävention lohnt und wir mit dem von uns eingeführten KfW-Förderprogramm für Sicherheitsmaßnahmen, wie sichere Fenster und Türen, richtig liegen. Bei den Einbrüchen gibt es große regionale Unterschiede: Das Risiko, Opfer eines Einbruchs zu werden, ist in NRW und Schleswig-Holstein etwa fünfmal so groß wie in Bayern. Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein haben die schlechtesten Zahlen von allen Flächenländern, wenn man die Einbrüche in Relation zur Bevölkerung setzt. Auch gesunken ist die Anzahl der Ladendiebstähle, nämlich um 3,3 % auf 378.448 Fälle.

Dagegen ist die Anzahl der Gewaltdelikte um 6,7 % auf 193.542 ebenso gestiegen wie Straftaten gegen das Waffengesetz (um 14,8% auf 34.443 Fälle). Rauschgiftdelikte legten um 7,1 % zu auf 302.594 Fälle.

(Quelle: Polizeiliche Kriminalstatistik 2016)



Uwe Lagosky MdB

Platz der Republik 1 | 11011 Berlin
t 030/227-71195 | f 030/227-70196

Im Kalten Tale 20 | 38304 Wolfenbüttel
t 05331/9928230 | f 05331/9928231

uwe.lagosky@bundestag.de



WAHLKREIS – BTW 2017

Das Fahrzeug ist beklebt und fährt ab sofort im Wahlkreis Werbung. In der heißen Phase des Wahlkampfes sind zudem Lautsprecherfahrten geplant. Gerne geben wir das Fahrzeug dafür auch an die Verbände ab. Terminkoordination bitte über Sabine Thiele.

Kontakt:

Sabine Thiele

Telefon: +49 5331 9928-230

E-Mail: uwe.lagosky.ma04@bundestag.de

Weiter können mit Frau Thiele gerne auch Termine für Veranstaltungen vor Ort und Haustürwahlkampf mit dem Kandidaten abgestimmt werden.

SAVE THE DATE

Am 09. August 18:30 wird Verteidigungsministerin Dr. Ursula von der Leyen auf Einladung von Uwe Lagosky in Salzgitter Bad sprechen.



Quelle: Pressefoto der Bundeswehr

Geplant sind ebenfalls Besuche von David McAllister (Ausschussvorsitzender im Europäischen Parlament und Ministerpräsident a.D.), Karl-Josel Laumann (CDA-Bundesvorsitzender und Staatssekretär), Prof. Joahna Wanka (Bundesministerin für Bildung und Forschung) und Dr. Bernd Althusmann (CDU-Landesvorsitzender und Spitzenkandidat für die Landtagswahl).

**Uwe Lagosky MdB**

Platz der Republik 1 | 11011 Berlin
t 030/227-71195 | f 030/227-70196

Im Kalten Tale 20 | 38304 Wolfenbüttel
t 05331/9928230 | f 05331/9928231

uwe.lagosky@bundestag.de

